

Liebe BGP Engagierte, StadtteilbewohnerInnen und MitbürgerInnen,

als Neumitglied der BGP und ebenfalls Nachbar eines Asylbewerberheims möchte ich folgendes beitragen:

Zwar ist die BGP als Stadtteilvertretung nicht primär Forum allgemeinpolitischer Themen, doch ist beim Flüchtlings- und Asylbewerberthema unser Stadtteil direkt betroffen, schließlich befinden sich alle Konstanzer Asylbewerberunterkünfte (Steinstr., Gustav-Schwab-Str., Hegaustr. und Luisenstr.) im Gebiet des größten aber auch von baulicher Dichte wie von Bewohnerzahlen dichtbesiedelten Stadtteils.

Deshalb können wir diesem Thema nicht ausweichen. Der Versuch durch Nichtbeachtung sich einer konflikträchtigen Auseinandersetzung entziehen zu wollen, muss scheitern. Nur wer an der Diskussion teilnimmt, kann Einfluss nehmen im Sinn eines weiter friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in unserer Stadt, was die Voraussetzung ist für alle weiteren Forderungen an die Lebensqualität von Familienfreudlichkeit bis Verkehrsberuhigung.

Herr Thiessen vom Vorstand der BGP hat dazu im Südkurier klare Worte gefunden: "Transparenz sei wichtig und es dürfe

keine Überraschungsaktionen geben. So könne möglichen Vorurteilen vorgebeugt werden."

Herr Messmer vom Vorstand der BGP leistet durch sein Rundschreiben Aufklärungsarbeit und fordert zu Recht, Information vor Aktion zu setzen.

Dass die von offizieller Seite mit der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern befassten Stellen die Nachbarschaft in der Luisenstraße durch Briefe und alle Bürger durch Veröffentlichung im Südkurier vor der Belegung über eine Veranstaltung im Rathaus informieren, ist nur zu begrüßen und vorbildlich. Durch den Versammlungsort wird deutlich, es geht alle in Konstanz an, und dort ist der Ort für Diskussion (Kritik, Anregungen und Engagement).

Die Anwohner der Luisenstraße sollten die Berechtigung ihrer Besorgnisse zunächst an dem primär Ihnen gemachten Informations- und Beteiligungsangebot überprüfen, bevor Forderungen erhoben werden.

Meine Kritik an einigen vorschnellen Aktivisten der Luisenstraße erlaube ich mir, da ich selbst unmittelbarer Nachbar einer seit Ende August bestehenden Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Hegaustraße bin. Wir im Quartier Hegaustraße haben seit über einem Vierteljahr praktische Erfahrungen. Bei uns ist die bauliche Situation wesentlich enger als an der Luisenstraße. Über 200 Nachbarn leben in einem Abstand, der minimal nur knapp vier Meter beträgt, in einem Hofquartier mit ca. 100 Asylbewerbern aus mindestens drei Herkunftsgebieten (Pakistan, Russland, Türkei). Nach meinen Informationen soll das Atrium im Park an der Luisenstraße primär mit Kriegsflüchtlingen aus Syrien belegt werden, deren Aufenthaltsstatus weniger einschränkend ist wegen zunächst angenommener späterer Rückkehr in die Heimat als die Asylbewerbern bis zur Entscheidung über die Aufnahme gesetzlich auferlegten Restriktionen.

Bei solch dichter Nachbarschaft zu einem Gebäudekomplex, wo zuvor nicht mehr als 50 Menschen ihren Lebensmittelpunkt hatten, und wo jetzt mehr als doppelt so viele Menschen auch mit kleinen Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsländern auf nun engstem Raum ohne Privatsphäre mit ungewisser Perspektive untergebracht werden, sind Konflikte nicht zu vermeiden. Entscheidend ist, wie diese bewältigt werden.

Im Unterschied zur Luisenstraße wurden die Nachbarn der Hegaustraße zu keinem Zeitpunkt offiziell über die Umwandlung in ein Asylbewerberheim informiert! Erst über einen Monat nach der Belegung erschienen im Südkurier auf der Bodensee-Seite am 08. Oktober zwei Artikel zur Lage der Asylbewerber im Landkreis, aus denen auch die Belegung in der Hegaustraße hervorging. Wäre da nicht auch die Verantwortung des hiesigen Amtsblattes zu hinterfragen?

Gerüchte über die Umstände verbreiteten sich schnell. Wir mussten uns durch Nachfragen bei Ämtern über die Fakten informieren. Nach ca. einem Monat wurde ein Eigentümer, dem Mieterbeschwerden vorgetragen worden waren, beim zuständigen Amt vorstellig, konnte die Sachverhalte vortragen; Lösungsmöglichkeiten wurden erörtert und zugesagt. Das aktenkundige Ergebnis der Besprechung wurde den Mietern vom Eigentümer durch Aushang bekanntgemacht. Ruhestörungen und Gefährdung kleiner Kinder durch den Straßenverkehr waren Themen. Da mit kälterer Witterung sich das Leben eher in

geschlossenen Räumen abspielt, bleibt abzuwarten, ob mit Beginn der wärmeren Jahreszeit solche Probleme wieder auftauchen werden.

Wenn jetzt die "Offiziellen" im Fall Luisenstraße durch ihr Handeln "eine lange Tradition der internationalen Solidarität, der Integration und der Toleranz" demonstrieren wollen, bekommt dies in Kenntnis der Fakten zum Fall Hegaustraße einen schalen Beigeschmack.

Die Nachbarschaft der Hegaustraße hat bislang bewiesen, dass die von Offiziellen in Selbstbeweihräucherung gehaltenen Fensterreden über Toleranz etc. in der Praxis sich bewähren können. Dazu war es auch nötig, mit der überraschenden Belegung als Asylbewerberheim einhergehenden Schuldzuweisungen entgegenzutreten, was Anwohnern durch Aushang und Wurfsendung in die Briefkästen der Nachbarschaft gelungen ist.

Hoffentlich zeigt der Fall Luisenstraße, dass die Verwaltung (von Stadt, Landkreis bis Gebäudeeigentümer WOBAK bzw. Spitalstiftung) lernfähig ist, und nicht nur mit einer leuchtenden Vorzeigeaktion von weiterhin grauem Alltagshandeln ablenken will. Herrn Messmer sei für sein Engagement gedankt, dem Unwissen entgegenzutreten. Das Unwissen ist die Basis von Vorurteilen und von Willkür. In diesem Dunkel scheint es für einige bequemer zu sein, Entscheidungen nicht verantworten zu müssen. Dort tummeln sich auch die Rattenfänger: im Quartier Hegaustraße fand sich am vergangenen Freitag in Briefkästen ein Werbezettel der NPD zum Thema Asyl mit sattsam bekannten Falschbehauptungen, Verleumdungen und Forderung nach Abschaffung des Asylrechts. Wir Bürger in diesem Land, in dieser Stadt sind mündig genug, uns den Herausforderungen zu stellen. Sollten die "Oberen" mit ihrer Strategie des Verschweigens im Fall Hegaustraße gemeint haben, durch Vermeiden von Aufsehen dem Standort Konstanz zu dienen, so müssen sie sich die Frage nach ihrem Demokratieverständnis gefallen lassen. Auch die Menschen in Konstanz können sachlich gebotene Kritik von menschenverachtender Hetze unterscheiden.

Mit freundlichen Grüßen
Harald Stobinski